

BERATERAFFÄRE IM PARLAMENT

«Markwalder fehlte die nötige Distanz zur Lobbyistin»

SP-Nationalrat Andreas Gross kritisiert den wachsenden Einfluss von Lobbyisten auf das Parlament. Er glaubt, mit einem professionellen Parlament liesse sich das Problem entschärfen. Christa Markwalder wirft er vor, den Fall zu beschönigen.

Ist es üblich, dass Parlamentarier Informationen, die dem Kommissionsehemnis unterstehen, an Lobbyisten von PR-Firmen oder Verbänden weitergeben? Andreas Gross: Meines Wissens ist dies nicht üblich, und es sollte auch nicht üblich sein. Ich habe das noch nie gemacht. Kommt es häufig vor?

Da habe ich bloss Vermutungen, die ich jedoch nicht beweisen kann. Doch es gibt Parlamentari-



Andreas Gross, Nationalrat (SP, ZH)

er – und das ist das eigentliche Problem in der Schweiz –, die mit Verbänden oder Interessensorganisationen finanziell verhandelt sind und teilweise einen Lohn beziehen. Bei denen kann ich mir gut vorstellen, dass sie auch Unterlagen, die sie vom Bund bekommen und anfordern, entsprechend weitergeben.

Unterscheidet sich diese Praxis je nach Kommission?

Vielleicht ist dies in Kommissionen, die sich mit Verkehr, Gesundheitswesen, Bau oder Finanzpolitik beschäftigen eher der Fall als in der Staats-, Europa- oder Ausserpolitik, in deren Kommissionen ich mich engagiere.

Einzelne Parlamentarier sind von Beruf Lobbyisten, so auch Christa Markwalder für die Zurich-Versicherung. Was halten Sie davon?

Genau dies meine ich. Sie hat auch schon öffentlich geschrieben, jedes Mitglied des Parlaments sei doch ein Lobbyist. Damit verwechselt sie den Einsatz für eigene Überzeugungen mit dem Einsatz für die Sache einer Organisation, von der man finanziell entschädigt wird. Das sollte meiner Meinung nach nicht gestattet werden. Das lässt sich kaum verhindern. Der Bund kann das nur verbieten, wenn er den Parlamentariern wie in den meisten europäischen Ländern einen anständigen Lohn bezahlt, sodass diese nicht auf weitere Nebeneinkünfte angewiesen sind.

Das Milizparlament ist kein

Grund, den Lobbyismus zu rechtfertigen. Im Profiparlament Deutschlands zum Beispiel hat es auch sehr viele Lobbyisten.

Das Milizsystem ist eine Goldgrube und der beste Boden für Lobbyisten. Selbstverständlich kümmern sich diese auch um ein Profiparlament: Doch dort ist es schwieriger, Parlamentarier voll von sich einzunehmen. Und zweitens ist das Lobbysystem in Washington, Brüssel oder Berlin viel transparenter, jeder weiss, für wer jemand tätig ist, und jeder weiss auch, von wem ein Parlamentarier wie viel Geld bekommt, wenn er denn überhaupt das Recht hat, etwas zu bekommen. Haben Sie mit Christa Markwalder darüber gesprochen?

Ich habe ihr schon vor Jahren gesagt, dass ich ihre 50-Prozent-Anteilung bei der Zurich-Versicherung für eine Entschädigung von damals 100 000 Franken als völlig falsch erachte. Sie hat mich dafür aber nur mitleidig belächelt. Markwalder macht geltend, sie habe einer Lobbyistin zu viel Vertrauen geschenkt. Ist die von ihr geltend gemachte Naivität in diesem Fall nachvollziehbar?

Der Begriff «naiv» scheint mir eine grosse Beschönigung zu sein. Es fehlte ihr die nötige Distanz zur Lobbyistin, was mit ihrer eigenen Art, zu arbeiten, zusammenhängen könnte. Viele Lobbyisten seien unerlässlich, da Parlamentarier auf ihr Fachwissen angewiesen seien. Teilen Sie diese Meinung?

Das kann man so sehen. Doch müssen sie deswegen nicht tagelang in der Wandelhalle herumstehen und diese so füllen, dass man keinen Raum mehr hat für andere Gespräche. Ich diskutiere auch gerne mit Menschen, die von einer Sache etwas verstehen. Dies müssen aber noch keine Lobbyisten sein. Und ich kann mich mit ihnen auch ausserhalb des Bundeshauses treffen. Wo sehen Sie das Problem, wenn Parlamentarier mit Lobbyisten zusammenarbeiten?

Von uns Parlamentariern wird erwartet, dass sie einzusetzen, was wir im Allgemeininteresse der Schweizer für richtig erachten. Wer nun aber einen Teil seines Lohnes von einer Interessensorganisation bekommt, der denkt nicht mehr primär an



Jeder Bundesparlamentarier darf zwei Personen als Gäste Zutritt zum Bundeshaus gewähren. Im Folgenden eine Auswahl von Politikern und deren «Auserwählten», oft sind es Lobbyisten. Die Gästeliste aller Bundesparlamentarier finden Sie unter www.zutrittsliste.bernerzeitung.ch.

Nationalrätin Christa Markwalder (FDP, BE)
Gast 1: Thierry Burkart, TCS, Aargauer FDP-Grossrat. Er hat die Berechtigung gestern deponiert.
Gast 2: Lukas Schürch, neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs).

Nationalrätin Corina Eichenberger-Walther (FDP, AG)
Gast 1: Marie-Louise Baumann, MLB Communications. Eichenberger hat ihr den Zutritt gestern entzogen (siehe Kasten unten).
Gast 2: Lukas Schürch, neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs). Zutritt gestern auch entzogen.

Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo (SP, LU)
Gast: Sara Stalder, Geschäftsführerin. Stiftung für Konsumentenschutz.

Nationalrat Lukas Reimann (SVP, SG)
Gast 1: Denis Simonet, Piratenpartei.
Gast 2: Marc Horisberger, Verband der Poker-, Geschicklichkeits und Unterhaltungsspiele-Anbieter.

Nationalrat Daniel Jositsch (SP, ZH)
Gast 1: Herbert Winter, Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund.
Gast 2: Peter Kyburz, KV Schweiz.

Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP, BE)
Gast 1: Margret Wasserfallen, Mutter.
Gast 2: Alexandra Thalhammer, Lebenspartnerin, arbeitet bei Burson-Marsteller.

Nationalrat Thomas Matter (SVP, ZH)
Gast: Thomas Borer, Dr. Borer Consulting.

Nationalrätin Regula Rytz (GPS, BE)
Gast 1: Raimund Rodewald, Stiftung Landschaftsschutz Schweiz.
Gast 2: Doris Bianchi, Schweizerischer Gewerkschaftsbund.

Ständerat Ivo Bischofberger (CVP, AI)
Gast: Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband.

Allgemeininteresse, sondern vor allem an die Sonderinteressen jener, die ihn entlohnen. Und machen Sie nicht den Fehler, die Summe aller Sonderinteressen mit dem Allgemeininteresse gleichzusetzen. Warum nicht? Wer viel Geld hat und viele Parlamentarier in seinem Sinne mit Geld beeinflussen kann, bekommt die Gesetzesformulierung, die ihm passt und seinen Geschäften entgegenkommt. Können Sie ein konkretes Beispiel nennen?

Wenn in der Gesundheitskommission des Ständerates die Mehrheit Verwaltungsräte oder Angestellte von Krankenkassen oder Spitälern und deren Verbänden sind, dann habe ich schon den Eindruck, das Interesse des Patienten sei nicht mehr primär, sondern werde sekundär. Hat sich die Einflussnahme von Lobbyisten in den letzten Jahren verstärkt?

KEIN ZUTRITT MEHR ZUM BUNDESHAUS

Quantitativ bestimmt, qualitativ war wohl der Gipfel schon vor fünf Jahren erreicht, als, glaube ich, in einer Frage des Steuerrechts eine Vertreterin von Economiesuisse frühmorgens vor dem Ständeratssaal Flugblätter verteilt mit Anweisungen, wie bei welchen Anträgen zu stimmen ist. Es war übrigens eine ehemalige Nationalrätin. Eine Tendenz, die wohl auch in der Schweiz noch zunimmt: Ehemalige Parlamentarier eignen sich besonders gut zum Lobbyieren. Auch dank Ihnen erhält ein Interessenvertreter Zutritt zum Bundeshaus.

Das stimmt. Er vertritt als Heimatschützer meines Erachtens Interessen der grossen Mehrheit der Schweiz. Ihn interessieren viele Geschäfte, allerdings nicht nur jene, die mich beschäftigen.

Interview: Bernhard Kissli

Das Interview wurde schriftlich geführt.

ZUTRITTSBERECHTIGUNGEN

Basar im Bundeshaus
Nebst den Parlamentariern sind bis zu 1400 Personen im Bundeshaus unterwegs, um in eigener und in fremder Angelegenheit zu lobbyieren. SVP-Nationalrat Lukas Reimann stört sich daran, dass dies auch in verdeckter Mission geschieht.
Zwei Kategorien von Zutrittsberechtigten steuern die Parlamentarier selber. Sie können je zwei Gästekarten vergeben. In einer Liste ist offengelegt, wer wem den Zutritt ermöglicht. Wen diese Personen genau vertreten, muss allerdings nicht deklariert werden. Bei den Tageskarten, mit denen die Parlamentarier während der Session zusätzlich täglich je zwei Personen Einlass gewähren können, bleibt die Identität uneinsehbar.
Ist das Mandat Vergangenenheit, muss damit noch lange nicht die Zeit im Bundeshaus zu Ende gegangen sein: Ehemalige Parlamentarier können sich eine lebenslange Zutrittsberechtigung verschaffen. Das sind nach Auskunft der Parlamentsdienste aktuell allein schon 395 Personen.



Keystone

Markwalder verliert Gast

Der Aargauer FDP-Grossrat Thierry Burkart hatte einen Bundeshausbadge von Parteikollegin Christa Markwalder. Weil er keine Probleme im Zusammenhang mit der Berateraffäre will, hat er ihn gestern zurückgegeben.

Bis gestern hatte der Aargauer FDP-Grossrat Thierry Burkart freien Zugang zum Bundeshaus. Parteikollegin und Nationalrätin Christa Markwalder hatte dem Rechtsanwalt, der auch Präsident des TCS Aargau ist, einen ihrer beiden Gostepässe anvertraut.

Gestern hat Burkart seinen Freipass ins Bundeshaus zurückgegeben. Auf der noch am selben Tag durch die zuständige Verwaltungsstelle aktualisierten Zutrittsliste fingiert er bereits nicht mehr. Er habe den Badge von sich aus zurückgegeben, sagte Burkart gestern auf Anfrage dieser Zeitung. Sein Handeln stehe nicht in direktem Zusammenhang mit der Affäre um seine Parteikollegin, beteuert er. «Aber ich wollte einfach keine Probleme», sagt Burkart. Christa Markwalder wisse wahrscheinlich noch gar nichts davon. Der Aargauer betonte, er habe den Badge sowieso nicht gebraucht. Burkart kandidiert im Kanton Aargau für einen Sitz im Nationalrat. Letztes Jahr war er Grossratspräsident, und zuvor war er Präsident der FDP des Kantons Aargau.

Der Rückzug des Parteikollegen dürfte Markwalder ungelieben kommen. Er ist ein Zeichen, dass sie in der eigenen Partei Rückhalt verliert. Sie war gestern Abend nicht erreichbar. ma



Thierry Burkart will keine Probleme. Aargauer Zeitung

Heizöl Preise

Richtpreise inklusive MwSt. und LSVA (Preise der Vorwoche in Klammern)	
Langenthal und Umgebung	
1000 Liter	88.80 (89.00)
2000 Liter	88.10 (88.30)
6000 Liter	77.00 (77.20)
Solothurn und Umgebung	
1000 Liter	92.90 (92.60)
2000 Liter	81.60 (82.30)
6000 Liter	80.00 (80.70)
Bern und Umgebung	
1000 Liter	91.60 (91.80)
2000 Liter	84.70 (84.90)
6000 Liter	79.10 (79.30)
Münsingen, Thun, Emmental	
1000 Liter	92.30 (92.60)
2000 Liter	85.50 (85.80)
6000 Liter	79.80 (80.00)
Wädenswil, Spiez, Interlaken, Niedersimmental	
1000 Liter	93.00 (93.30)
2000 Liter	86.20 (86.50)
6000 Liter	80.50 (80.70)
Brienz, Lauterbrunnen, Frutigen, Zwiesimmen	
1000 Liter	94.40 (94.60)
2000 Liter	87.50 (87.80)
6000 Liter	81.90 (82.10)
Region Grenchenwald, Meiringen, Lenk, Saanenland, Adelboden	
1000 Liter	95.50 (95.70)
2000 Liter	88.70 (89.00)
6000 Liter	83.00 (83.20)

www.swissölpreis.com
Preis 10 Liter Heizölparaffin (Toskaner Tank) vom 11. Mai 2015 (Preise in Franken)

Milliardenklage gegen Ölkonzerne in der Schweiz

JUSTIZ Schweizer Tochtergesellschaften und Niederlassungen von Ölmultis sehen sich mit einer Milliardenklage konfrontiert. Nicht weniger als 960 Milliarden Dollar verlangt ein US-Ölgeologe vor vier Schweizer Gerichten.



Finder der Ölfelder und Kläger: Jack Grynberg.

Die Klagesumme von 960 Milliarden US-Dollar ist rekordhoch. Es geht aber auch um den zweitgrössten Erdölfund der Geschichte nach jenem in Saudi-Arabien. Der Kläger ist der US-Geologe Jack Grynberg. Der heute 89-Jährige machte sich als hochtalentierter Erdölucher einen Namen und erlangte ein beträchtliches Vermögen.

Kurz vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion wertete Grynberg 1989 im Staatsauftrag

seismische Aufzeichnungen aus. Nach der Durchsicht Dutzender Kilometer von Kurvendiagrammen ortete er im Kaspischen Meer und im Nordwesten Kasachstans drei riesige Ölfelder mit geschätzten 66 Milliarden Barrel Öl.

Entdecker ging leer aus

Nach dem Ende der Sowjetunion beauftragte die kasachische Regierung den Ölgeologen Grynberg mit der Bildung eines Kon-

sortiums aus westlichen Ölgesellschaften zur Ausbeutung der drei Ölfelder. In einem Vertrag,

Der Anwalt geht gegen BP, Exxon-Mobil, Phillips, Shell, Eni, Staoil und Total in Zug, Zürich, Lausanne und Genf vor.

sortiums aus westlichen Ölgesellschaften zur Ausbeutung der drei Ölfelder. In einem Vertrag, sicherte BP Grynberg auf 40 Jahre hinaus 20 Prozent des Gewinns aus der Ausbeutung vor Ort zu. Mitte der Neunzigerjahre kam das Konsortium dann tat-

sächlich zustande – aber ohne den Entdecker der Ölfelder. Gemäss dessen Darstellung hatten die Konsortiumsmitglieder über einen CIA-Agenten die kasachische Regierung bestochen, um an die Förderrechte zu kommen.

Die Schweiz fror später 183 Millionen Franken auf einem Firmenkonto des Agenten ein, und in den USA wurde er wegen Steuerdelikten verurteilt. Grynberg verklagte die involvierten Ölgesellschaften 1996 in den USA und in Grossbritannien. In Kanada erhielt er bereits mehrere Hundert Millionen Dollar zugesprochen.

Klagen an vier Orten

Die schwindelerregende Klagesumme von 960 Milliarden Franken, die Grynberg nun in der

Schweiz einfordert, errechnet sich aus Prospektionskosten und entgangenen Gewinnen aufgrund unberechtigt genutzter Arbeitsergebnisse, wie Adrian Bürgli, der Schweizer Anwalt des Klägers, auf Anfrage sagt und damit Berichte der «SonntagsZeitung» und der «Zentralschweiz am Sonntag» bestätigt.
Gegen die Niederlassungen und Tochtergesellschaften der Ölmultis geht Bürgli in der Schweiz «klageweise vor», weil ein Teil der erzielten Gewinne auch in der Schweiz anfallen.
So stammt etwa ein Drittel des in die Schweiz importierten Öls aus Kasachstan. Konkret geht der Anwalt gegen BP, Exxon-Mobil, Phillips, Shell, Eni, Staoil und Total in Zug, Zürich, Lausanne und Genf vor. sda

Aufgefallen



ERIC GUJER

Die «alte Tante», wie man die «Neue Zürcher Zeitung» auch eine nennt, im Lotterbett mit dem Geheimdienst? Kurz entstand dieser Eindruck. Zurück bleibt ein Sturm im Wasserglas – in dessen Zentrum der neue NZZ-Chefredaktor Eric Gujer.

Anlass dazu gab ein Interview mit dem renommierten Rechtsgelehrten Rainer J. Schweizer. Er sagte in der Zeitschrift «Schweizer Monat», dass Gujer im Beirat des Schweizer Nachrichtendienstes (NDB) sitze.

Doch diesem Beirat hat es so nie gegeben. Das Dementi kam vom NDB selber. Darauf verschwand das Interview vom Netz, und die Zeitschrift räumte den Fehler ein. Der NDB versicherte aber, wie sie sich das für einen richtigen Geheimdienst gehört, doch etwas: Eric Gujer wurde vom NDB konsultiert. NZZ-Sprecherin Myrjam Käser räumte dies gegenüber dem «Blick» ein. Der NDB habe bei der Ausarbeitung des neuen Nachrichtendienstgesetzes verschiedene Experten zu Rate gezogen.

Gujer ist tatsächlich ein Kenner der Materie. Er hat sich verschiedentlich mit Nachrichtendiensten befasst, zum Beispiel in seinem Buch über den deutschen Nachrichtendienst «Kampf an neuen Fronten: Wie sich der BND dem Terrorismus stellt». Zudem sei Gujer Mitglied des Gesprächskreises Nachrichtendienste in Deutschland. Käser hielt fest: «Gujer war zu keiner Zeit Mitglied eines NDB-Beirats oder eines vergleichbaren offiziellen Gremiums.» Gujer hat den Schlapphüten also offenbar seine Meinung kundgetan, aber nie in Hinterzimmern konspirativ mitgearbeitet. Der Transparenz geschuldet ist noch dies: Gujer befürwortet das eben vom Nationalrat gutgeheissene Gesetz. Christoph Aebischer

In Kürze

URTEIL
Haft für Buchhalter von Ems-Chemie

Der ehemalige Chefbuchhalter von Christoph Blocher bei der Ems-Chemie in Domat/Ems GR muss nach langjährigem Ringen vor Gericht definitiv fünf Jahre ins Gefängnis. Das Bundesgericht wies eine Beschwerde des 78-jährigen Deutschen gegen die Strafe des Bündner Kantonsgerichts ab. Prozediert wurde in den vergangenen Jahren vor allem wegen der Höhe der Strafe. In der Sache hatten es die Gerichte als erwiesen betrachtet, dass der Angeklagte und sein Komplize die Ems-Chemie zwischen 1996 und 2004 um dreizehn Millionen Franken betrogen hatten. sda

SWISSNESS
Bundesrat schützt Marke «Schweiz»

Der Bundesrat will die Swissness-Regeln zum Schutz der Marke «Schweiz» trotz des starken Fränkens wie geplant in Kraft setzen. Der Bundesrat sieht keinen Anlass dafür, das Vorhaben aufzuschieben. Im Gegenteil: Der Schutz der Marke «Schweiz» und des Schweizer Kreuzes sei durch die Aufhebung des Euro-Franken-Mindestkurses noch wichtiger geworden, schreibt der Bundesrat weiter. Nur mit glaubwürdigen Regeln könne der hervorragende Ruf der Marke «Schweiz» erhalten bleiben, teilte die Regierung gestern Montag mit. sda

IMMIGRATION
Im April weniger Asylgesuche

1376 Asylgesuche wurden im letzten Monat eingereicht, 6 Prozent weniger als im April 2014. Bereits in den ersten drei Monaten des Jahres war die Zahl der Asylgesuche saisonal bedingt gesunken, wie das Staatssekretariat für Migration (SEM) mitteilte. Stark angestiegen ist allerdings die Zahl der Gesuche von syrischen Staatsangehörigen: um 45 Prozent auf 145. Deutlich mehr Asylgesuche verzeichnete das SEM auch von Personen aus Afghanistan (+68 Prozent auf 67 Gesuche) und Marokko (+53 Prozent auf 46). In vielen Ländern war die Anzahl gestellter Gesuche aber rückläufig. sda